

# LAND- GRABBING MIGRATION WIDERSTAND



► *Analysen und Interviews zu Landkonflikten in Mali*



**TITELBILD:** BOKY-WÉRÉ-KANAL, ERWEITERT IM RAHMEN DES LIBYSCHEN 100.000-HEKTAR PROJEKTS „MALIBYA“ | F: P. REVELLI



↑ VERSAMMLUNG IN KOYAN KOURA: BAUER BERICHTET VON LANDVERTREIBUNG | F: MAKOMBE

**HERAUSGEGEBEN VON**

Afrique-Europe-Interact

[WWW.AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET](http://WWW.AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET)

**REDAKTION**

NoLager Bremen

**1. AUFLAGE, JULI 2012**

1.000 Stück

**FOTOS**

Philippe Revelli, Matthias Schmitt  
Makombe (► [www.myspace.com/makombemusic](http://www.myspace.com/makombemusic))

**RECHTENACHWEIS**

Die Rechte an den Texten von  
Joan Baxter und Amandine Adamczewski,  
sowie Jean-Yves Jamin liegen bei  
le monde diplomatique (Deutsche Ausgabe)

**PREIS**

Wir wünschen uns je Exemplar eine Spende von 3 EUR

**SPENDEN**

Wir danken allen SpenderInnen ganz herzlich!

*afrique-europe*  
**interact**

Afrique-Europe-Interact ist ein kleines, transnational organisiertes Netzwerk, an dem vor allem BasisaktivistInnen aus Mali, Togo, Deutschland, Österreich und den Niederlanden beteiligt sind – unter ihnen zahlreiche selbstorganisierte Flüchtlinge, MigrantInnen und Abgeschobene. Politisch verfolgt Afrique-Europe-Interact zwei Ziele: Einerseits möchten wir die EU-Migrationspolitik öffentlichkeitswirksam an den Pranger stellen, andererseits die strukturellen Hintergründe von Flucht und Migration und somit die Forderung nach gerechter bzw. selbstbestimmter Entwicklung ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Was uns grundsätzlich eint, ist die Überzeugung, dass sich an den neokolonialen Dominanz- und Ausbeutungsverhältnissen nur etwas ändern lässt, wenn soziale Basisbewegungen aus Afrika und Europa in großem Stil gleichberechtigt, verbindlich und direkt zusammenarbeiten. ○

⊖ <b>ANALYSE</b>	<b>4</b>	<b>ZWISCHEN LANDRAUB UND BÜRGERKRIEG</b> Soziale Kämpfe in Mali durch Aufstand im Norden blockiert
	<b>6</b>	<b>DER GLOBALE WIDERSTAND WÄCHST</b> Bäuerliche Bewegungen machen mobil gegen neokolonialen Landraub
	<b>11</b>	<b>INFOBOX 1: LANDGRABBING-ABC</b>   Eine kurze Bestandsaufnahme
	<b>12</b>	<b>DAS MALIBYA-PROJEKT</b>   100.000 Hektar für libyschen Investmentfonds im Office du Niger
	<b>16</b>	<b>WIE GOLD, NUR BESSER</b>   Fette Dividenden aus Afrikas Böden
⊖ <b>DELEGATIONSREISE</b>	<b>21</b>	<b>KLEINBÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT UNTER VIELFÄLTIGEM DRUCK</b> Stichworte zur Delegationsreise von Afrique-Europe-Interact ins Office du Niger
	<b>25</b>	<b>INFOBOX 2: OFFICE DU NIGER</b>   Zwischen kolonialem Bewässerungsprojekt, monopolistischem Staatsbetrieb und kleinbäuerlicher Selbstbestimmung
	<b>26</b>	<b>„DIE STAATLICHE AUTORITÄT IST WIE EIN KÖNIG“</b> Zwischen Repression, Korruption und existentieller Not. Ein Basisgewerkschafter über bäuerlichen Widerstand im Office du Niger
	<b>30</b>	<b>„BEWEGUNGSFREIHEIT IST EINE DEVISE, DIE MIR VIEL KRAFT GIBT“</b> Ein Gespräch über Hunger, Klimawandel und Migration in Konobougou
	<b>33</b>	<b>„SCHRITT FÜR SCHRITT, ABER NICHT AUF EINEN SCHLAG“</b> Ein Gespräch über Fortschritt, Solidarität und Geschlechterverhältnisse auf dem Land
	<b>35</b>	<b>„WAS WIR BRAUCHEN, IST EINE AGRARREFORM“</b> Alltag im Office du Niger: Ein Gespräch über Verschuldung, existentielle Grundbedürfnisse und Migration
	<b>37</b>	<b>„DIE STÄDTE GEHÖREN NICHT NUR DEN REICHEN“</b> Gespräch mit Salif Niaré und Amadou Barclay über Widerstandsstrategien der Union der Vertriebenen in Bamako
	<b>41</b>	<b>„ES GIBT KEINE HIERARCHIE“</b> Fassery Traoré über die Kämpfe der Vertriebenen in Bamako als Vorbild für den bäuerlichen Widerstand im Office du Niger
	<b>43</b>	<b>INFOBOX 3: RECHT AUF WOHNHÄUSER, FUSSBALLPLÄTZE, GEMÜSEANBAU</b> Bewegungen gegen städtische Vertreibungen in afrikanischen Metropolen
	<b>45</b>	<b>BERGBAU ALS KLASSISCHER LANDRAUB</b> Der Widerstand gegen die Uranmine in Falea im Süden Malis könnte sich als Vorbild für die Kämpfe im Office du Niger entpuppen
⊖ <b>INFOS</b>	<b>49</b>	<b>DAUER- ODER EINZELSPENDEN GESUCHT</b> – jeder Betrag ist willkommen!
	<b>50</b>	<b>INFOBOX 4: WEITERE INFORMATIONEN ZU LANDGRABBING</b>
	<b>51</b>	<b>KONTAKT &amp; MITMACHEN, MATERIALIEN, KARTE VON MALI</b>



## ► EINLEITUNG

# Zwischen Landraub und Bürgerkrieg

## SOZIALE KÄMPFE IN MALI DURCH AUFSTAND IM NORDEN BLOCKIERT

Die Situation könnte kaum widersprüchlicher, ja barbarischer sein: Zum einen hungert ein Sechstel der Weltbevölkerung – und das mit der Konsequenz, dass jährlich über 30 Millionen Menschen an den Folgen von Hunger sterben, viele von ihnen an harmlosesten Krankheiten, weil ihr Körper durch Unter- oder Mangelernährung extrem geschwächt ist. Zum anderen wird rund um den Globus immer mehr Land bzw. Wald an Banken, Investmentfonds und Konzerne verkauft („Landgrabbing“), nicht zuletzt für die Produktion von sogenanntem Biosprit und Exportgetreide. Vor diesem Hintergrund ist im März 2012 eine 30-köpfige Delegation von Afrique-Europe-Interact ins Office du Niger gefahren – eine äußerst fruchtbare Region 270 Kilometer nordöstlich der malischen Hauptstadt Bamako, wo seit 2003 über 900.000 Hektar Acker- und Weidflächen an internationale Investoren verkauft wurden. Darüber hinaus haben AktivistInnen der europäischen Sektion von Afrique-Europe-Interact in Bremen und Frankfurt Filialen der Deutschen Bank belagert (letzteres im Rahmen der Blockupy-Proteste), da das Finanzinstitut einer der größten Player im weltweiten Geschäft mit dem Acker ist. Mittel- bis langfristig ist geplant, bäuerliche Communities im Office du Niger in ihren Landkämpfen politisch und logistisch zu unterstützen, auch deshalb, weil diese eng mit dem Widerstand gegen Haus- und Grundstücksvertreibungen in der Hauptstadt Bamako verknüpft sind.

Ziel der vorliegenden Broschüre ist es, unter besonderer Berücksichtigung von Mali verschiedenste Informationen zu neokolonialem Landraub, kleinbäuerlicher Landwirtschaft und Widerstand zur Verfügung zu stellen. Als zentraler Bezugspunkt fungiert hierbei die schon erwähnte Delegationsreise ins Office du Niger, an der auch 10 AktivistInnen aus Europa beteiligt waren. Verwiesen sei daher insbesondere auf die zahlreichen, im Zuge der Delegationsreise entstandenen Interviews, in denen diverse RepräsentantInnen aus Mali ausführlich zu Wort kommen – nicht zuletzt Bauern und Bäuerinnen, die selber von Landgrabbing bzw. der Zerstörung kleinbäuerlicher Landwirtschaft betroffen sind.

Grundsätzlich waren unsere Begegnungen und Gespräche im Office du Niger ein wichtiger, äußerst inspirierender erster Schritt – auch mit Blick auf die Herausforderungen, die ein gemeinsamer Organisationsprozess mit kleinbäuerlichen Communities langfristig bedeuten dürfte.

Politischer Höhepunkt der Delegationsreise waren die Besuche in den beiden Dörfern Kourouma und Koyan Koura – einschließlich großer Versammlungen mit der lokalen Bevölkerung sowie ausgedehnter Besuche der Felder. Um so bedauerlicher ist es, dass im Zuge des von Tuareg-Rebellen und islamistischen Kräften getragenen Aufstandes im Norden Malis die Kontakte zwischen Afrique-Europe-Interact und Office du Niger in den letzten Monaten nicht oder allenfalls bruchstückhaft

weiterentwickelt werden konnten – ein Manko, das die malische Sektion von Afrique-Europe-Interact mit vielen Basisbewegungen in Mali derzeit teilt. Vor diesem Hintergrund findet sich im zweiten Abschnitt dieses Editorials ein von Hans-Georg Eberl verfasster Kommentar zur aktuellen Situation in Mali, unter anderem mit Blick darauf, dass die breite Bevölkerungsmehrheit dringender denn je auf materielle und politisch Solidarität angewiesen ist.

Last but not least: Landgrabbing ist bei weitem nicht das einzige Projekt von Afrique-Europe-Interact. Vielmehr gilt weiterhin die im Zuge der Bamako-Dakar-Karawane entstandene Doppelforderung, wonach selbstbestimmte Entwicklung und globale Bewegungsfreiheit (also das Recht zu bleiben bzw. das Recht zu gehen) die beiden Seiten derselben Medaille sind. Entsprechend haben sich auch zahlreiche AktivistInnen unseres Netzwerks im Juli 2012 an dem Projekt „Schiffe der Solidarität/boats4people“ zwischen Italien und Tunesien beteiligt.

Wer mehr wissen möchte, sei auf unserer Webseite verwiesen. Außerdem sind neue MitstreiterInnen stets willkommen – so wie Afrique-Europe-Interact für seine alltägliche Arbeit weiterhin dringend auf steuerliche absetzbare Spenden angewiesen ist.

### ZU DEN AKTUELLEN ENTWICKLUNGEN IM NORDEN MALIS

Das Bemühen, mit dem Netzwerk Afrique Europe Interact die Kämpfe für Ernährungssouveränität und gegen Landraub und Vertreibungen in Mali

zu unterstützen und zu stärken, fällt verhängnisvoll zusammen mit den sich alarmierend zuspitzenden Geschehnissen, die seit Anfang 2012 das Leben von Millionen Menschen in Mali erschüttern: Ausgerüstet mit großen Waffenarsenalen aus dem Libyenkrieg hat die „Bewegung für die Befreiung des Azawad“ (MLNA), die für einen unabhängigen Touareg-Staat kämpft, in einem Zweckbündnis mit islamistischen Organisationen und Milizen den Norden des Landes militärisch eingenommen. Der bewaffnete Konflikt hat die Hungersnot dramatisch verschärft, die sich angesichts von Dürre und Ernteaussfällen seit 2011 in den Sahelländern angebahnt hat. Lebenswichtige Infrastruktur – wie zum Beispiel Kliniken – wurde zerstört und die Bevölkerung in Nordmali durch Plünderungen und Vergewaltigungen terrorisiert. Auf der anderen Seite haben in zahlreichen Städten islamistische Gruppen die Macht übernommen, die den Menschen – gestützt auf Waffengewalt – das Sharia-Regime aufzwingen. Bereits Hunderttausende sind aufgrund der grauenvollen Mehrfachbedrohung durch Hunger, Krieg und Gewaltherrschaft in den Süden Malis sowie die Nachbarländer Mauretanien, Niger und Burkina Faso geflohen.

Die aktuelle Notlage ist keineswegs aus dem Nichts entstanden: Schon seit Jahren ist die Mehrheit der Menschen in Mali immer stärker verarmt, wäh-

rend korrupte Machteliten staatliche Gelder und Privilegien unter sich aufgeteilt haben – hinter der Fassade einer so genannten Musterdemokratie westlichen Zuschnitts. Diese Machteliten sind willkommene Kooperationspartner für die neokoloniale Ausplünderung der Ressourcen Afrikas, im Falle Malis betrifft das neben Gold, Baumwolle und (neuerdings) Uran nicht zuletzt fruchtbare Ackerböden. Entsprechend herrscht in Mali mittlerweile eine Hungersnot – und das in einem Land, das nach Einschätzung malischer Bauern und Bäuerinnen sowie AgrarexpertInnen die „Kornkammer Westafrikas“ sein könnte. Auch die aktuelle Krise wäre ohne den Hintergrund von Verarmung und wirtschaftlicher Instabilität kaum erklärbar. Die Antwort der europäischen Staaten und ihrer Verbündeten auf diese Krise ist wie so oft eine repressive: Nachdem am 22. März 2012 eine Gruppe bis dahin wenig bekannter Armeemoffiziere in einem Putsch die amtierende Regierung gestürzt hatte, was von vielen MalierInnen zumindest vorübergehend als Abrechnung mit den verhassten Machteliten gewertet wurde, reagierte die „Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten“ (französisch: CEDEAO, englisch: ECOWAS) – umgehend mit harten wirtschaftlichen Sanktionen. Diese ließen unter anderem angesichts der ohnehin schon bestehenden Ernährungskrise die Preise

für Grundnahrungsmittel in die Höhe schnellen. Treibende Kräfte der Sanktionen waren vor allem die Regierungen von Burkina Faso und der Elfenbeinküste, die als enge Verbündete europäischer, insbesondere französischer Interessen bekannt sind. Kurzum: Verschiedene Akteure versuchen, die Krise in Mali in ihrem Sinne zu instrumentalisieren – sei es das Emirat Katar mit seiner Unterstützung bewaffneter islamistischer Gruppen oder die französische Regierung, die schon länger mit der Errichtung einer neuen Militärbasis im Sahel liebäugelt.

Für das Netzwerk Afrique Europe Interact ist es eine große Herausforderung, Kooperationen von unten gegen diese neokolonialen Politiken und ihre zerstörerischen Folgen aufzubauen. Dazu gehört unter anderem konkrete, materielle Unterstützung für die malischen sozialen Bewegungen und Initiativen, deren AktivistInnen selbst unter prekärsten Bedingungen die eigene Existenz bestreiten müssen und darüber hinaus oftmals geflohene Angehörige aus dem Norden mitversorgen müssen. Ein wichtiger Ansatz wäre auch die Solidarität mit den mancherorts in Nordmali trotz großem Risiko aufkeimenden Protesten von Jugendlichen und Frauen, die ihr Leben nicht dem unmenschlichen Regelwerk eines Sharia-Regimes unterwerfen wollen. Und nicht zuletzt geht es auch darum, gerade in diesen Zeiten die grundlegenden, alle betreffenden Fragen des Zugangs zu und der Verfügung über Land, Wasserressourcen, Wohnraum und Ernährungssouveränität auf die Tagesordnung zu setzen. Im besten Fall könnte dies sogar helfen, solidarische Alternativen gegen eine kriegerische Eskalation aufzuzeigen, welche sich derzeit auf äußerst dramatische Weise entlang der doppelten Dichotomie „Islamismus vs. Neuaufgabe von Anti-Terror-Krieg“ bzw. „Touareg-Separatismus vs. nationale Einheit um jeden Preis“ bewegt. ○



↑ BEGRÜSSUNG IN KOYAN KOURA | F: MAKOMBE

#### DIE REDAKTION

zusammen mit HANS-GEORG EBERL

## ► ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT

# Der globale Widerstand wächst

## BÄUERLICHE BEWEGUNGEN MACHEN MOBIL GEGEN NEOKOLONIALEN LANDRAUB

Landgrabbing ist in jüngerer Zeit zu einer Art Medienliebling avanciert – und das durchaus zu Recht. Denn der seit 2007 explosionsartig angewachsene Ausverkauf fruchtbarer (Acker-) Böden an Banken, Investmentfonds und Konzerne gleicht mittlerweile einer riesigen Enteignungswelle, die im Süden des Globus für mehrere Hundert Millionen Kleinbauern und -bäuerinnen, FischerInnen und ViehhirtInnen den Verlust ihrer Existenzgrundlagen bedeuten könnte. So sind allein zwischen Oktober 2008 und Juni 2009 weltweit mindestens 47 Millionen Hektar Land unter den Hammer gekommen – was der Größe Schwedens und somit einem Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der EU entspricht.

Rund 75 Prozent des Landgrabbing erfolgt mittlerweile in Afrika, betroffen sind mindestens 23 Länder in sämtlichen Teilen des Kontinents, darunter auch krisengeschüttelte Staaten wie die D.R. Kongo, Süd-Sudan oder Äthiopien. Auffällig ist indessen ein ins Ökonomistische, ja Objektivistische abdriftender Gestus in der hiesigen Berichterstattung: Im Zentrum stehen die konkreten Abläufe sowie Konsequenzen der Umnutzung großer Wald-, Agrar- und Weideflächen zugunsten kommerzieller Landwirtschaft. Demgegenüber ist von Widerstand seitens der unmittelbar betroffenen Bauern und Bäuerinnen kaum die Rede – genauso wenig, wie potentielle Interventionsperspektiven in Europa näher ausgeleuchtet werden. Das mag ur-

sprünglich plausibel gewesen sein, sind doch viele bäuerliche Bewegungen durch die Plötzlichkeit buchstäblich überrumpelt worden, mit der die neokoloniale Landnahme spätestens nach Ausbruch der Finanz- bzw. Weltwirtschaftskrise vor 5 Jahren rasant angezogen hat. Um so dringlicher scheint es nunmehr, die sich allenthalben zuspitzenden Kämpfe um Land ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken. Denn ohne ein breites, mithin global verankertes Bündnis zwischen bäuerlichen Organisationen, sozialen Basisbewegungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren dürfte es kaum gelingen, Landgrabbing zu beenden bzw. bereits abgeschlossene Verträge wieder rückgängig zu machen – inklusive Entschädigung für all jene, deren Existenzgrundlagen bereits zerstört wurden.

Ist von Landkonflikten die Rede, wird dies üblicherweise mit Lateinamerika in Zusammenhang gebracht. Erinnerung sei nur, dass die Erhebung der Zapatistas 1994 nicht zuletzt eine Reaktion auf die Abschaffung der verfassungsmäßig garantierten Unverkäuflichkeit von („Ejido“-)Gemeindeland war. Entsprechend berichtet Raúl Zibechi in seinem jüngst erschienenen Buch "Territorien des Widerstands", dass allein in Lateinamerika in den letzten 30 Jahren insgesamt 5000 selbst verwaltete Siedlungen auf 25 Millionen Hektar besetztem Land entstanden sind. Und doch ist es keineswegs zufällig, dass seit geraumer Zeit

vor allem bäuerliche Bewegungen in Mali eine Vorreiterrolle im weltweiten Widerstand gegen Landgrabbing spielen: Bereits 2003 haben Bauern und Bäuerinnen aus dem westafrikanischen Land mittels 800.000 Unterschriften bzw. Fingerabdrücken einer Klage der malischen Regierung vor dem WTO-Schiedsgericht gegen subventionierte





Dumping-Baumwolle aus den USA und der EU wesentlich zum Erfolg verholfen.

Gleichermaßen konnte die insbesondere durch den Saatgutkonzern Monsanto, die Weltbank sowie diverse private Stiftungen forcierte Einführung von gentechnisch manipulierter bt-Baumwolle bis heute verhindert werden (ganz anders als im benachbarten Burkina Faso, wo Kleinbauern und -bäuerinnen seitens der Regierung teilweise unter Androhung von Waffengewalt zum Anbau von bt-Baumwolle gezwungen wurden). Erwähnt sei schließlich, dass in Nyéléni nahe der malischen Kleinstadt Sélingué im Januar 2007 mehr als 500 überwiegend bäuerliche Delegierte aus über 80 Ländern zu einer Konferenz zusammengekommen sind, um über die Verbreitung des von der weltweiten Kleinbauernorganisation Via Campesina seit 1996 schrittweise entwickelten Konzepts der Er-

nährungssouveränität zu beraten (ein Impuls, der unter anderem im österreichischen Krems anlässlich des Europäischen Forum für Ernährungssouveränität im Sommer 2011 aufgenommen wurde).

Schauplatz der aktuellen Auseinandersetzungen um Landgrabbing in Mali ist das Office du Niger – ein äußerst fruchtbares, vom Nigerwasser gespeistes Binnendelta, das sich im Osten und Norden der Stadt Segou 270 Kilometer östlich der Hauptstadt Bamako erstreckt. Bisher sind ca. 98.000 Hektar Land bewässert (im Rahmen von Gravitationsbewässerung, bei der das Wasser ausschließlich über Höhenunterschiede auf die Felder gelangt), möglich wären bis zu 960.000 Hektar, wovon insgesamt rund 700.000 Menschen leben könnten – von den mobilen ViehhirtInnen ganz zu schweigen, die das Land ohnehin

schon nutzen. Just in diesem Gebiet hat die malische Regierung auf Druck der Weltbank und anderer internationaler (Finanz-)Institutionen seit 2003 mindestens 540.000 Hektar Boden verkauft und über weitere 379.000 Hektar Vorverträge abgeschlossen (Stand: Mai 2011), wobei malienweit 2,5 Millionen Hektar zum Verkauf stehen sollen. Schwer begreiflich sind derartige Größenordnungen – nicht nur ob des Umstandes, dass die Ernährungssituation in Mali laut Welthungerindex weiterhin als „ernst“ einzustufen ist. Hinzu kommt, dass jährlich 150.000 Hektar durch Bodenerschöpfung verloren gehen und dass zudem die Bevölkerungszahl in den nächsten 50 Jahren von heute ca. 15 auf 50 Millionen Menschen anwachsen wird. 372.000 Hektar des verkauften Landes ist unterdessen an ausländische Investoren gegangen, unter anderem aus Kanada,







↑ EIN WEIT VERZWEIGTES, VOM NIGER GESPEISTES KANALSYSTEM ERLAUBT IM OFFICE DU NIGER ZWEI ERNTEN PRO JAHR | F: MAKOMBE

Südafrika, China, Großbritannien, Libyen und den USA. Beabsichtigt ist insbesondere der Anbau von Agrospritpflanzen und Exportgetreide, was genauso wie die Herkunft der Investoren internationalen Trends entspricht. So plant Libyen auf einer bereits 2008 erstandenen Fläche von 100.000 Hektar („Malibya“-Projekt) den Anbau von Reis, ein Vorhaben, das der libysche Außenminister bei einem Besuch Anfang 2012 in Mali trotz zwischenzeitlicher Verzögerungen erneut bekräftigt hat.

Auch ansonsten erfolgt der Ausverkauf des Landes nach leider üblichen Gepflogenheiten: Geheim, das heißt ohne Konsultation der lokalen Bevölkerung, unter Verzicht auf Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen sowie zu grotesk günstigen Konditionen, wozu unter anderem niedrigste Pachtzinsen bzw. Kaufpreise, jahrzehntelange Steuernachlässe („tax holiday“) und nicht kosten-deckende Wassergebühren gehören. Offiziell wird dies damit begründet, dass die Pächter bzw. Käufer mit ihren Investitionen einen allgemeinen Beitrag zur Entwicklung leisten würden. Diese Behauptung entpuppt sich indes bei näherer Betrachtung als wenig stichhaltig. Vielmehr ist es in Mali bereits zu Vertreibungen ganzer Dörfer bzw. zum Durchzugsverbot für mobile Viehhirten gekommen – und somit zur Zuspitzung der Ernährungslage, zur Zerstörung

lokaler (Subsistenz-)Strukturen und zu erzwungener Migration. Zudem führt die agrarindustrielle Bearbeitung des geraubten Landes zu massiven ökologischen Schäden: Unter anderem zur Forcierung des Klimawandels, zu Biodiversitätsverlusten und zur Senkung der Fluß- und Grundwasserspiegel („Watergrabbing“). Insbesondere letzteres könnte sich im Falle Malis als äußerst dramatisch entpuppen. Denn allein durch die bereits abgeschlossenen Landverträge würde sich die jährliche Entnahmemenge Malis aus dem insgesamt 4.180 Kilometer langen Niger verdoppeln, was wiederum für die über 100 Millionen Menschen katastrophale Konsequenzen hätte, die stromabwärts im Niger, in Benin und Nigeria als Bauern und Bäuerinnen sowie FischerInnen auf das Fluss-Wasser angewiesen sind. Wie prekär die Situation ist, lässt sich unter anderem daran erkennen, dass der Niger bereits in den letzten 30 Jahren ein Drittel seiner Wassermenge eingebüßt hat – ExpertInnen befürchten daher ein Kippen des Flusses, vor allem wenn die intensivlandwirtschaftlichen Pläne tatsächlich im geplanten Umfang realisiert werden sollten.

Spätestens vor diesem Hintergrund dürfte es kaum überraschen, dass die sozialen Bewegungen in Mali mittlerweile „im Aufruhr“ seien, so der Via Campesina-Aktivist Ibrahim Coulibaly. Zum Ausdruck ist dies erstmalig im

Kolongo-Appell gekommen<sup>1</sup>: Mit gleichsam bebendem Unterton wird dort die „unverhohlene Verletzung der Menschenrechte durch schockierende Angriffe auf die physische und moralische Unversehrtheit der ländlichen Bevölkerung“ im Office du Niger vehement kritisiert – unter anderem mit Verweis auf die Festnahme von über 40 Bauern und Bäuerinnen aus Samadougou, die sich im Juni 2010 gegen die Zerstörung ihrer für die Agroförstwirtschaft unverzichtbaren Karité-Bäume zur Wehr gesetzt hatten. Verabschiedet wurde der Appell am 20. November 2010 beim Bäuerlichen Forum von Kongolomoto, wo bäuerliche und andere Organisationen aus sämtlichen Teilen Malis als Reaktion auf die Vorgänge im Office du Niger zusammen gekommen sind. Es war daher auch keineswegs zufällig, dass drei Monate später beim 10. Weltsozialforums in Dakar insbesondere bäuerliche Organisationen aus Mali dafür gesorgt haben, Landgrabbing als zentrale Gegenwartsproblematik sichtbar zu machen – mit dem von über 900 Organisationen weltweit unterzeichneten Dakar-Appell gegen Landgrabbing als handfestem Ergebnis. Fortgesetzt wurden die in Dakar begonnenen Strategie-Debatten sodann bei zwei weiteren Konferenzen in Mali: Zum einen Ende Oktober beim afrikanischen G20-Gegengipfel in Niono – quasi im Herzen des Office du Niger. Zum anderen Mitte



November anlässlich einer maßgeblich von Via Campesina initiierten Konferenz gegen Landgrabbing, zu der rund 250 Delegierte aus über 30 Ländern erneut nach Nyéléni gekommen waren, also jenem Ort, wo im Jahr 2007 das bereits erwähnte Forum zu Ernährungssouveränität über die Bühne gegangen ist.

Versteht man die in jeweils unterschiedlichen Kontexten entstandenen Appelle bzw. Resolutionen als mentale Landkarten des Widerstands – auch unter Bezug auf die zum Teil sehr heterogenen Erfahrungen im Kampf gegen Landgrabbing, sticht vor allem zweierlei ins Auge: Einerseits geht es den Bauern und Bäuerinnen nicht darum, bessere Entschädigungskonditionen durchzusetzen. Ihre zentrale Forderung lautet vielmehr, bleiben zu können – nicht zuletzt unter Geltendmachung ihrer gewohnheitsmäßigen Nutzungsrechte. Insofern wird auch kein Unterschied gemacht, ob Landraub wegen Bergbau, Tourismus oder Agrosprit erfolgt, genauso wenig wie zwischen ländlichen und innerstädtischen Vertreibungen eine scharfe Trennlinie gezogen wird. Denn letztlich sind Kämpfe um Boden- bzw. Land der gemeinsame Nenner – wobei die Organisationen nicht müde werden, die besondere Situation von Frauen hervorzuheben, die durch patriarchale Rechtstraditionen sowie ihre zentrale

Stellung in der Nahrungsmittelproduktion von Landvertreibungen besonders negativ betroffen sind. Andererseits werden Landkämpfe mit grundlegender Kritik kurzgeschlossen: So wird Landgrabbing in der Abschlusssdeklaration der Via Campesina-Konferenz als integraler Bestandteil jener bereits seit den 1980er Jahren mit Hochdruck verfolgten Strategie von IWF, Weltbank und transnationalen Konzernen bestimmt, „bäuerliche Landwirtschaft in industrielle Landwirtschaft umzuwandeln und Kleinbauern und -bäuerinnen in globale Wertschöpfungsketten zu integrieren“ – und das mit absolut dramatischen Konsequenzen: „Landgrabbing verdrängt und vertreibt Gemeinschaften, zerstört lokale Wirtschaftssysteme und das soziokulturelle Gefüge“. Es ist insofern auch naheliegend, dass die konkreten, gegen Landgrabbing gerichteten Forderungen mit übergeordneten Zielsetzungen bzw. Visionen einhergehen, nicht zuletzt dem schon mehrfach erwähnten Konzept der Ernährungssouveränität, welches zugleich eine umfassende Antwort auf die eng verzahnten Krisen der Ernährung, des Bodens und des Klimas darstellt. Denn Ernährungssouveränität zielt auf ein (globales) Ernährungssystem, in dessen Zentrum nicht Konzerninteressen, sondern der ungehinderte Zugang zu Land, Wasser und Saatgut für klein-

bäuerliche ProduzentInnen steht. Es geht also um die Umstellung auf kleinbäuerliche und somit klimaschonende Landwirtschaft (bzw. deren Verteidigung) sowie die Dezentralisierung der Lebensmittelversorgung mit kurzen Versorgungsketten zwischen Produktion und Konsumtion.

Und doch: Trotz existentiell aufgeladener Grundsatzkritik, lassen sich aus den Vorgehensweisen der bäuerlichen Organisationen mindestens fünf ganz konkrete Widerstandsmaximen herausdestillieren – verwiesen sei in diesem Zusammenhang vor allem auf die Abschlusserklärung der Via Campesina-Konferenz, welche als eine Art Blaupause für den globalen Widerstand gegen Landgrabbing gelesen werden kann:

- ▶ Erstens: Auch wenn Landgrabbing auf vielfältige Weise in die immer komplexer werdenden Peripherie-Zentrumsbeziehungen eingebunden ist, begreifen viele bäuerliche AktivistInnen ihre eigenen Regierungen als zentralen Gegner. Und das vor allem deshalb, weil die staatlicherseits verfügten bzw. sanktionierten Landenteignungen gemeinhin jeder gesetzlichen Grundlage entbehren. So sind es selbst im vergleichsweise demokratisch regierten Mali wahlweise der Präsident persönlich oder zwei eigens von ihm bestimmte Be-



↑ DIE RIESIGEN KUH-HERDEN KEHREN ALLABENDLICH INS DORF ZURÜCK, OFT VERTEILT AUF VIELE KLEINE STÄLLE | F: MAKOMBE

amte, die ohne Kontrolle sämtliche Land(-grabbing)verträge abschließen – nicht einmal das Landwirtschaftsministerium ist eingebunden. Folgerichtig wird ausdrücklich eine Stärkung der materiellen Infrastruktur des kleinbäuerlichen Widerstands erbeten – nicht zuletzt mit Blick auf juristische Auseinandersetzungen.

- ▶ Zweitens: Der Kampf gegen Landgrabbing ist äußerst gefährlich, allein in Honduras sind bei Konflikten mit Palmölproduzenten zwischen Januar 2010 und Oktober 2011 vierzig bäuerliche AktivistInnen ermordet worden. Transnational organisierte Antirepressionsarbeit, ggf. auch Menschenrechtsbeobachtung ist insofern unerlässlich.
- ▶ Drittens: Oftmals fehlen im Widerstand grundlegende Informationen, gerade weil Privatisierungsverträge rund um den Globus geheim gehalten werden. Dem Aufbau von Datenbanken und Monitoring kommt daher eine wichtige (Frühwarn-)Funktion zu<sup>2</sup>.

▶ Viertens: Auch wenn sich bäuerliche Organisationen primär auf die eigenen Regierungen konzentrieren, wird in der Via-Campesina-Erklärung erfreulicherweise ein riesiges Aktionstableau aufgemacht – von Landbesetzungen über Aktionen gegen Investoren bis hin zu Einsprüchen bei Parlamenten oder internationalen Institutionen. Fünftens: So wichtig Süd-Nordallianzen sind, die bäuerlichen Akteure bestehen darauf, dass ihre Kämpfe im Zentrum dieser Bündnisse stehen – eine Forderung, die gerade im Licht paternalistisch-dominanter Tendenzen bei zahlreichen NGOs absolut zentral ist.

▶ Last but not least: Unstrittig dürfte sein, dass sich für nördliche AktivistInnen aus zahlreichen Perspektiven Anknüpfungspunkte an den Widerstand gegen Landgrabbing ergeben. Das aus migrationspolitischen Kämpfen hervorgegangene Netzwerk Afrique-Europe-Interact wird daher im Frühjahr 2012 mit rund dreißig afrikanischen und europäischen AktivistInnen ländliche

Gemeinden in Mali besuchen, um so die Möglichkeiten gemeinsamer, transnational verankerter Aktivitäten gegen Landgrabbing auszuloten. Zudem sind hierzulande mehrere Aktionen geplant, nicht zuletzt unter dem Motto „Bankraub statt Landraub“. ☉

#### ANMERKUNGEN

<sup>1</sup> DER APPELL SOWIE WEITERE DEKLARATIONEN, TEXTE UND ANALYSEN SIND AUF [WWW.AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET](http://WWW.AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET) DOKUMENTIERT.

<sup>2</sup> IN TANSANIA, SÜD-SUDAN UND SIERRA LEONE IST ES BÄUERLICHEN UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN AKTEUREN UNTER RÜCKGRIFF AUF KONKRETE RECHERCHEERGEBNISSE DES OAKLAND INSTITUTS (USA) GELUNGEN, BEREITS ABGESCHLOSSENE LANDGRABBING-VERTRÄGE WIEDER INS WANKEN ZU BRINGEN. DIVERSE STUDIEN ZU LANDGRABBING IN ACHT AFRIKANISCHEN LÄNDERN KÖNNEN AUF DER WEBSEITE DES INSTITUTS ABGERUFEN WERDEN: [WWW.OAKLANDINSTITUTE.ORG](http://WWW.OAKLANDINSTITUTE.ORG)

**OLAF BERNAU**, No Lager Bremen.

Erschienen in:

ak – analyse & kritik Nr. 569

